

## **Sperrfrist Redebeginn**

### **Nur für Presseberichterstattung frei gegeben**

#### **Bedeutung und Formen der Erinnerung, Rede zum 9. November 2017**

Winfried Nerdinger

Frau Knobloch hat mich freundlicherweise eingeladen, die Gedenkrede zum 9. November zu halten, mit dem Hinweis, dass ich dies auch letztmalig in meiner Funktion als Gründungsdirektor des NS-Dokumentationszentrums ausführen kann. Aus diesem Grund schlug sie vor, in einer Art Rück- und Ausblick das Thema „Bedeutung und Formen der Erinnerung“ zu behandeln. Für diese ehrenvolle Einladung bedanke ich mich sehr. Zuvor möchte ich mich auch noch herzlich bei den Mitgliedern der Bayerischen Akademie der Schönen Künste bedanken, die sich nach einer Anfrage von Frau Schaefer, der Generalsekretärin der Akademie, und von mir sofort bereit erklärten, an der Lesung zum 9. November mitzuwirken, um damit ihrer ermordeten Münchner Künstlerkollegen mit einer persönlichen Ehrenbezeugung zu gedenken.

Im Frühjahr 1945 kam die Fotografin Margaret Bourke-White zu den amerikanischen Truppen nach Deutschland. Ihre Begegnungen mit den Deutschen ließen sich in einem einzigen Satz zusammenfassen: „'Wir haben nichts gewusst!' Wir alle bekamen diese Worte so häufig und monoton zu hören, dass sie uns wie eine deutsche National-Hymne vorkamen.“ Die Kriegsberichterstatteerin Martha Gellhorn machte die gleiche Erfahrung und schrieb: „Man müsste es vertonen. Dann könnten die Deutschen diesen Refrain singen. [...] Ein ganzes Volk, das sich vor der Verantwortung drückt.“ In zahllosen Berichten alliierter Soldaten schlug sich diese Haltung nieder, als fast beliebiges Beispiel sei hier nur der Chronist der 78. Division zitiert: „Es gab keine Nazis, auch keine Ex-Nazis, und nicht einmal irgendeinen Nazi-Sympathisanten.“ Die verweigerte Erinnerung an die Teilhabe am NS-Regime beschrieb auch der Weggefährte der Geschwister Scholl, Josef Furtmeier, im Dezember 1946 in einem Brief: „Es ist alles vergessen: Die Kriegserklärungen, der Überfall auf die Nachbarstaaten, die Gestapo, die Vergasungen, die K.Z. Lager, die Ghettos, die

Verschleppungen. Dieses deutsche Volk [...] fängt an, seine verminderten Fettrationen gegen Auschwitz aufzurechnen.“ Und Wolfgang Hildesheimer, damals noch Übersetzer beim Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess, schrieb 1947 an einen Freund: „Das einzige Gefühl, dessen die Massen noch fähig sind, ist Selbstmitleid und das geht völlig auf Kosten ihrer Schuldgefühle [...] ekelerregend.“ Dieses narzisstische Selbstmitleid analysierte Alexander Mitscherlich dann 20 Jahre später als Grund für „die Unfähigkeit zu trauern“.

Die wichtigsten Anstöße zu einer Diskussion der Schuldfrage oder wenigstens der Frage nach den Gründen für das 12jährige Bestehen des NS-Regimes kamen fast durchweg entweder von ehemaligen Verfolgten wie Eugen Kogon, H.G. Adler und Victor Klemperer oder von Außenstehenden wie Karl Jaspers, Hannah Arendt und Max Picard. Die Diskussion um Kollektivschuld wurde aber schnell verdrängt von der Verkündung einer Stunde Null, von Neuanfang und demokratischer Wandlung aller Deutschen, von Rückkehr zu christlichen Werten des Abendlandes nach dem „Verlust der Mitte“. Die historische Forschung hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ganz klar und eindeutig herausgearbeitet, dass die Anfangsjahre der Bundesrepublik geprägt sind zum einen von Selbstviktimisierung, d.h. die Mehrheit der Bevölkerung erklärte sich angesichts der zerstörten Städte und der deutschen Kriegstoten selbst zum Opfer des NS-Regimes, und zum anderen von einer Integration der achteinhalb Millionen ehemaliger Parteigenossen, mit der Folge dass diese von allen Parteien als Wähler umworben wurden und dass selbst Schwerverbrecher wieder in hohe Positionen kamen. Die Bundesrepublik beginnt mit Amnestie und Amnesie, in der Regierungserklärung des ersten deutschen Kanzlers im September 1949 findet sich kein Wort zum Mord an den Juden, wohl aber die Aufforderung Vergangenes vergangen sein zu lassen. Ulrich Herbert nannte diese Integration der Täter zusammen mit den Schreibtischtätern das Kainsmal der Bundesrepublik und es ist in der Tat schwer erträglich, die Frühgeschichte der jungen Demokratie unter dem Aspekt zu betrachten, wie viele ehemalige Parteimitglieder im Bundestag als Abgeordnete saßen und auch Ministerrang erhielten, wie die Ministerien mit

alten Nazis durchsetzt waren, die wiederum ehemalige Nazis nachholten, so dass beispielsweise im Auswärtigen Amt 1958 mehr Parteimitglieder saßen als 1938, wie sich die Justiz von jeder Schuld selbst Absolution erteilte und Strafverfolgung von NS-Verbrechern gezielt vereitelte, wie Hochschulen und Lehrstühle von alten Nazis dominiert und damit die Jugend vergiftet wurde, wie Verwaltungen mit ehemaligem NS-Personal gefüllt wurden – von den 55.000 1945 entlassenen Beamten waren 1949 schon über 53.000 rehabilitiert –, und wie Mörderärzte wieder Praxen und Kliniken betrieben, ich erwähne nur, dass in drei bayerischen Pflegeanstalten die Mordärzte der Euthanasie sogar wieder die Leitung übernahmen. 1952 schrieb Ingeborg Bachmann in ihrem Gedicht „Früher Morgen“: „Sieben Jahre später, / in einem Totenhaus, / trinken die Henker von gestern / die goldenen Becher aus.“ Jürgen Habermas brachte es auf den Punkt: „Die Kontinuität der gesellschaftlichen Eliten und der Vorurteilsstrukturen, mit der Adenauer die Zustimmung zu seiner Politik erkaufte, war lähmend. Es hatte keinen Bruch gegeben, keinen personellen Neuanfang und keinen Mentalitätswandel.“

Des Widerstands gegen Hitler wurde pflichtschuldig gedacht – im Westen unter weitgehender Ausblendung der größten Opfergruppe, der Kommunisten, im Osten fehlten umgekehrt die bürgerlichen und die religiös motivierten Widerständler – es dauerte jedoch über zwei Jahrzehnte bis beispielsweise der militärische Widerstand des 20. Juli von der Mehrheit der Deutschen nicht mehr als Verrat betrachtet wurde. Das Buhlen um die Wählerstimmen der ehemaligen Parteigenossen ging sogar so weit, dass die Parteispitze der SPD eine Zurückhaltung bei öffentlich geäußerten Erinnerungen ihrer einst im KZ inhaftierten Parteigenossen einforderte. Aus diesem Grund gingen z.B. auch von Münchner Stadträten, die im KZ gewesen waren, keinerlei Initiativen zu einer Auseinandersetzung mit den NS-Tätern aus. Mit Gründung der Bundesrepublik etablierte sich eine Form der sogenannten Vergangenheitsbewältigung, die sich zunächst „vor allem dem Schicksal der eigenen Gemeinschaftsangehörigen zuwandte und gerade durch diese Selbstreferentialität die spezifisch deutsche Schuld an den nationalsozialistischen Massenverbrechen ausblendete. Die

Anerkennung von deutschen Flüchtlingen, Vertriebenen, Kriegsheimkehrern und Ausgebombten stand dabei im Zentrum“ des Vergangenheitsdiskurses. „*Im Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft* – mit dieser oder einer ähnlichen Erinnerungsformel [wie sie ja auch in München ein halbes Jahrhundert lang bis 2014 am „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ verwendet wurde] wäre die deutsche Nachkriegsgesellschaft gern in der Behaglichkeit des Wirtschaftswunders zur Ruhe gekommen.“ (Ulrike Jureit)

Da die Erinnerung vorrangig mit dem eigenen Leid verbunden war, fand auch nahezu keine Auseinandersetzung mit dem Leid der wirklichen Opfer des NS-Regimes statt. Bezeichnenderweise wurde die erste Gedenkstätte am Ort eines Konzentrationslagers erst zwei Jahrzehnte nach Kriegsende, und auch nur auf Betreiben der ehemaligen Häftlinge, 1965 in Dachau eingerichtet – mit einem Zuschuss von gerade mal 100.000 Mark der Landeshauptstadt. Die nächste KZ-Gedenkstätte in der Bundesrepublik folgte 19 Jahre später. Das Erinnern beschränkte sich auf kleine symbolische Gesten wie die Benennung von Straßen oder Schulen nach Widerstandskämpfern, mit deren Gesinnung man sich schmückte, oder auf rituelle Gedenkreden, Kranzniederlegungen und Ähnliches.

Die Erlebnisgesellschaft, die ehemalige „Volksgemeinschaft“, war bis auf Ausnahmen nicht in der Lage, sich mit sich selbst, das heißt mit den Tätern und Zuschauern zu beschäftigen. 1954 richtete Raoul Hilberg erstmals den Blick auf die Trias von „Täter, Opfer, Zuschauer“ und betonte die zentrale Rolle der Verwaltungen in der Mordmaschinerie, mit der Folge, dass die Übersetzung und Publikation seines Standardwerks in Deutschland bis 1982 verhindert wurde, u.a. durch Gutachten von Historikern aus dem Münchner Institut für Zeitgeschichte, das 1949 eigens gegründet worden war, um über die NS-Zeit wissenschaftlich fundiert aufzuklären. Der große zornige Kritiker und Poet Hans Wollschläger erklärte: „Ich bin aufgewachsen in der Zeit, wo die deutschen Verbrechen hätten gebüßt werden müssen; nichts hat meine denkerische Neugier so beschäftigt, wie dieser gigantische Sühne-Termin.“

[...] Ich meine die ‚Täter‘. Wo waren sie geblieben? Wo all die kleinen Schinder und Lebensquäler hinter den großen? Wo steckte die Million oder noch mehr? [...] ‚Die Täter sind unter uns – sie sind in aller Ruhe wieder auf die Straße gegangen, und spotten dort laut der Beschreibung‘ wie Brecht sagte. [...] Es ist furchtbar zu sagen: Das eigentliche Unglück der Kriege [...] sind nicht die darin ‚Geblienenen‘, sondern die ‚Heimkehrer‘ [...] Jene haben die Gesellschaft dezimiert, diese dezimieren das sittliche Niveau der Gesellschaft.“

Die Auseinandersetzung mit den Tätern erfolgte erst allmählich seit Anfang der 1960er-Jahre und wurde dann zum zentralen Thema der nächsten Generation, wobei sich diese generationelle Differenzierung auf keine demografisch fixierte Entität, sondern auf Erfahrungs-, Aneignungs- und Erinnerungsgemeinschaften bezieht. Erst durch den Blick auf die Täter kam es zur Abscheu vor den Taten und damit zur Anteilnahme an den Opfern. Erst durch den – wie auch immer hilflosen – Versuch, sich wenigstens das Leid der Opfer vorzustellen, wurden die Täter verabscheuungswürdig. Die Erinnerungsfigur des „Gefühlten Opfers“ kennzeichnet die Wende von der als „Vergangenheitsbewältigung“ deklarierten Verdrängung zu dem, was seitdem allgemein als „Erinnerungskultur“ bezeichnet wird.

Mit dem Wechsel von der Tätergesellschaft zur Nachgeborengesellschaft entstand durch Einfühlung in das Leiden der Opfer eine Erinnerungskultur, die auf einer Art Opferidentifizierung beruht, die wiederum zur erinnerungspolitischen Norm wurde und die ihren monumentalen Ausdruck im Berliner Holocaust-Denkmal fand. Diese „opferidentifizierte Erinnerungskultur“ (Ulrike Jureit/Christian Schneider) beinhaltet allerdings auch ein entlastendes „Zugehörigkeitsangebot“ an die Nachgeborenen: sie erlaubt, sich selbst von den Tätern abzugrenzen. Das Bekenntnis zur Schuld verband sich mit einer Identifizierung mit den Opfern, die negative Erinnerung erhält damit als politisch gewollte und pädagogisch eingeforderte Erinnerung an die NS-Zeit eine entlastende Funktion. Und mit der Erinnerung an die Opfer wird geradezu Erlösung versprochen, wie

Bundespräsident Weizsäcker 1985 in seiner berühmten Rede zur „Befreiung“ unter Berufung auf einen rabbinischen Satz formulierte: „Das Geheimnis der Erlösung ist Erinnerung“ – eine religiös verbrämte, höchst fragwürdige Selbstabsolution für die Nachkommen der Täter.

Befördert durch einen Generationenwechsel und die Verusterfahrung von Tradition und historischer Umwelt im Zuge rapider Modernisierung wurde „Erinnerung“ seit den 1980er-Jahren zu einer zentralen Kategorie des gesellschaftlichen Diskurses. In der Folge entstanden immer mehr Gedenkstätten, Gedenkorte und Dokumentationszentren sowie pädagogische Programme gegen das Vergessen, dazu etablierten sich eine ausgreifende Gedenkstättenarbeit und die „Holocaust Education“ als eigenes, international ausgerichtetes Erziehungsprogramm. Das zuvor „ungeliebte Kind“, wie Wolfgang Benz den Umgang mit den Gedenkstätten bezeichnet hatte, die Erinnerung an die NS-Zeit, wurde zu einem Zentrum der politischen Kultur, aber damit geriet das Erinnern auch in die Gefahr der Instrumentalisierung wie auch der Ritualisierung. Dieser „Boom der Erinnerung“ führte in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits zu teils heftigen Gegenreaktionen, so sprach Martin Sabrow von der Erinnerung an die NS-Zeit als einer „unangreifbaren Pathosformel“ und Harald Welzer behauptete, vieles an der geschichts- und erinnerungskulturellen Praxis sei „schal, petrifiziert, inhaltsleer“, Aleida Assmann verfasste ein ganzes Buch über „Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“. Die Erinnerungskultur wird diskreditiert, da angeblich „junge Menschen“ durch moralische Appelle nicht erreicht würden – als ob es nur um Appelle ginge –, beziehungsweise weil die Erinnerung an den Holocaust gesamtgesellschaftlich längst nicht mehr in Frage gestellt sei – auch das ist völlig falsch wie der Geschichtsrevisionismus von Rechtsradikalen belegt. Moshe Zuckermann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine treibende Kraft bei der Verabschiedung von einer Pflicht zur Erinnerung an die NS-Zeit das seit der Wiedervereinigung entstandene neue Nation- und Nationalgefühl ist. Galt die Teilung vielfach als gerechte Strafe für die Verbrechen der Nationalsozialisten, so scheint dies vielen seit 1990 erledigt,

die Sühne gilt gleichsam als abgegolten oder zumindest verliert die Erinnerung ihre verpflichtende Kraft.

Blickt man über den deutschen Tellerrand, so erscheint einem diese Diskussion als höchst fragwürdig. Vor einigen Tagen konnte man lesen, dass in London, direkt neben den Houses of Parliament ein Holocaust Memorial für etwa 70 Millionen Euro von David Adjaye errichtet werden wird. In den USA befinden sich 22 Holocaust Museen, das erste wurde bereits 1961 in Los Angeles eröffnet, das Pendant in Washington DC ist eines der am meisten besuchten Häuser in den Vereinigten Staaten, die Ausstellungsfläche ist größer als die der Dokumentationszentren in Berlin, Nürnberg, München und Obersalzberg zusammen. Auch in Montreal, Buenos Aires, Kapstadt oder in Melbourne existieren Holocaust Museen mit einem umfangreichen pädagogischen Programm, also in Ländern, die nichts direkt mit dem Holocaust zu tun haben. Dort ist man sich der enormen bildungs- und erinnerungspolitischen Bedeutung dieser Einrichtungen bewusst und investiert in Erinnerungsarbeit, während man im Land der Täter über die Rolle sowie das Budget der ohnehin zumeist nicht sonderlich üppig ausgestatteten Gedenkstätten diskutiert, und zudem das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes mit der Erinnerung an die Opfer anderer Diktaturen verknüpft und damit den Holocaust zwangsläufig relativiert.

Natürlich kann und muss Erinnerungsarbeit diskutiert werden, aber eine generelle Infragestellung arbeitet dem Geschichtsrevisionismus von Rechtsextremisten direkt in die Hände. Das Problem liegt nicht in der Ritualisierung, im Gegenteil, eine gewisse rituelle Einübung ist ein notwendiger Bestandteil jeder Erinnerungskultur. Religionen basieren seit Jahrtausenden auf rituell eingeübten Handlungen, erst der Ritus verleiht Dauer, und es ist ein Gemeinplatz, dass Nationen wie Gemeinschaften auch durch gemeinsame Rituale zusammengehalten werden. Zu diskutieren und zu differenzieren ist die Instrumentalisierung von Erinnerung für pädagogische oder politische Zwecke und Ziele und somit die Beeinflussung von Inhalt und Rezeption. Jede politische Indienstnahme beinhaltet die

Gefahr einer affirmativen Aus- und Abrichtung von Geschichte, jede pädagogische Indienstnahme tendiert dazu, Verhalten vorschreiben zu wollen.

Aus diesem Grund sollte die Unterscheidung zwischen Gedenken und Erinnern immer beachtet werden. Konzentrationslager, Zwangsarbeiterlager oder die Stätten der Euthanasie sollten zuerst als Orte des Gedenkens an die Opfer und an deren Leid betrachtet und behandelt werden. Der Opfer wird gedacht, an die Täter, die sie zu Opfern machten, wird erinnert, um sich mit ihnen als den Verursachern des Leidens auseinanderzusetzen. Die Gründe und Ursachen für das Leiden können nicht bei den Opfern, sondern nur bei den Tätern gefunden werden. Auch wenn Täter und Opfer untrennbar verbunden sind, so muss doch die Intention der Erinnerung und damit die Weise der Rezeption differenziert werden. Die Basis des Gedenkens ist Empathie, Mitfühlen und Einfühlen in das einzelne Schicksal, und deshalb vertiefen und verstärken alle Elemente, die diese Empathie befördern, die Erinnerung an die Opfer. Die stärkste Form der empathischen Vermittlung waren die authentischen Berichte der Zeitgenossen. Diese verlassen uns, an ihre Stelle können z.B. Objekte treten, die eine Emotionalisierung auslösen, wie Abschiedsbriefe oder die Haare, Koffer und Schuhe der Ermordeten oder Viehwaggons und Zyklon B Dosen. Mit derartigen Objekten wird direkt emotionalisiert und dies ist ein wichtiger und richtiger Vorgang bei Besuchen von Gedenkstätten, um sich dem Leid der Opfer anzunähern.

Die Opfer sollten jedoch nicht auf eine pädagogische Funktion, z.B. als Lernobjekte für politisches Verhalten in der Gegenwart oder für eine Menschenrechtspädagogik reduziert werden, sie würden sonst „nach ihrer Entwürdigung und physischen Vernichtung [...] als Lernmaterial instrumentalisiert. Die Erinnerung geschieht um der Opfer selbst willen und nicht für irgendeinen anderen Zweck.“ Wenn sich aus dem Gedenken an die Opfer die Erkenntnis über die Unantastbarkeit der Menschenwürde entfaltet, dann ist „das Leiden beredt“ geworden und dies ist die „Bedingung aller



Wahrheit“ wie Adorno treffend erfasste. Gedenkstätten sind keine Lernorte, sondern Stätten der durch das Leiden beredt werdenden Wahrheit der Unverletzbarkeit der Menschenwürde und daraus ergibt sich das „Nie wieder“, nicht als pädagogisches Ziel, sondern als verinnerlichte Wahrheit über Menschenwürde, das heißt über die Grundlage unserer Demokratie und unseres Gemeinwesens.

Lernen sollte man aus der rationalen, kritisch distanzierenden Auseinandersetzung mit den Tätern. Diesem Ansatz stehen Inszenierung und Emotionalisierung entgegen, denn sie sind Elemente einer Instrumentalisierung der Historie. So arbeiten bezeichnenderweise das von der konservativen Fidesz-Regierung in Budapest gegründete „Haus des Terrors“ oder das von der Kaczynski-Regierung errichtete „Museum zum Warschauer Aufstand 1944“ mit extrem aufwändigen inszenatorischen Mitteln. Es sind Erlebnismuseen, in denen die Besucher selbst in bestimmte Rollen schlüpfen, beziehungsweise sich mit bestimmten Personen und Vorstellungen, die farbig, lautstark und möglichst authentisch dreidimensional präsentiert werden, identifizieren können. Die Besucher sollen nicht differenzieren und historische Kontexte erfassen, sondern erinnerungspolitisch vorgefasste Lehrmeinungen wie im Kino oder bei CNN aufnehmen. Der Philosoph Klaus Heinrich hat schon vor Jahren, als die museal aufbereiteten Geschichtsinstrumentalisierungen en vogue wurden, auf deren Intention und immanente Problematik hingewiesen: „Die Farben der Geschichte werden aufgetragen, die Fragen an die Geschichte abgeschnitten.“ Die Inszenierung von Geschichte macht historische Ereignisse mit neuen medialen Mitteln leicht konsumierbar, macht sie interessant, aber löst sie dafür aus ihren komplexen Bedingungsbeziehungen. Geschichte reiht sich ein in die tägliche Unterhaltung, deren Aufmerksamkeits- und Reizwert kontinuierlich gesteigert und übertroffen werden muss, damit er wirksam bleibt. Wer somit glaubt, die Vermittlung von Nationalsozialismus und des Holocaust interessant machen zu müssen, begibt sich schon auf den Weg der Affirmation und des Konsumierens, er wird Teil der interessengeleiteten Spirale von Innovation

und Konsumption.

Genau aus diesem Grund haben wir am NS-Dokumentationszentrum München jede Form von Inszenierung abgelehnt und vertreten konsequent die Auffassung, dass an einem Erinnerungs- und Lernort zum Nationalsozialismus Geschichte nicht unterhaltsam, sondern einsichtig gemacht werden muss. Memoria und ratio, Erinnerung und Vernunft – nicht Emotionalisierung – gehören zusammen, wie Johann Baptist Metz bei seinen Überlegungen zu einem Lernen nach Auschwitz treffend formulierte. Deshalb stellen wir in der Dauerausstellung zuerst Fragen, *causas rerum cognoscere*, die Frage nach den Gründen ist die Grundlage jeder Suche nach Erkenntnis: Warum wurde München zur Wiege des Nationalsozialismus? Warum scheiterte die Demokratie? Was geschah in der Münchner Gesellschaft unter der Herrschaft der Nationalsozialisten? Was machten die Münchner im Zweiten Weltkrieg? Und: Wie setzte sich die Stadt mit dem Erbe als ehemalige Hauptstadt der Bewegung auseinander? Wir stellen Fragen und wir bieten historisch gesicherte Fakten zum Lernen und eigenen kritischen Nach- und Weiterdenken an, und bei dieser Arbeit lassen wir uns in keiner Richtung politisch oder institutionell in Dienst nehmen, obwohl dies zum Teil massiv versucht wurde. Ich habe jede Form von Einflussnahme strikt abgewiesen, auch wenn dies dann zu Problemen und persönlichen Diffamierungen führte.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit muss auf „hellem Bewusstsein“ basieren, so Adorno in dem immer noch maßstabsetzenden Aufsatz zur Frage: „Was heißt Aufarbeitung der Vergangenheit?“ Im Zentrum der Vermittlung von Erinnerung am Lernort NS-Dokumentationszentrum steht deshalb die anamnetische Vernunft. Vernünftige Erinnerung bedarf auch des Einsatzes der Vernunft und dazu gehört die Auseinandersetzung mit Texten und Dokumenten. Das wurde manchmal kritisiert, obwohl es sich in der ganzen Ausstellung textlich gerade mal um den Umfang einer normalen Tageszeitung handelt, die man im übrigen ja auch nicht Wort für Wort und auf einmal studieren muss, um informiert zu werden. Niemand aus

den fast 3000 Schulklassen, die wir seit der Eröffnung durch unser Haus geführt haben, hat daran Anstoß genommen, im Gegenteil.

Das NS-Dokumentationszentrum ist ein Lernort und deshalb steht im Zentrum unserer pädagogischen Arbeit der Satz von Adorno zur Erziehung nach Auschwitz: „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. [...] Man muss die Mechanismen erkennen, die die Menschen so machen, dass sie solcher Taten fähig werden, muss ihnen selbst diese Mechanismen aufzeigen und zu verhindern trachten, dass sie abermals so werden [...] Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie [...] die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.“ Im NS-Dokumentationszentrum wollen wir diese Kraft zur Reflexion und damit zum „Nie-wieder“-Mitmachen stärken.

Diese Kraft kann aber nicht allein aus der Ratio, der Auseinandersetzung mit den Tätern kommen, wir setzen uns ja auch nicht mit den Tätern und der Täter willen auseinander, sondern wegen der Opfer. Und deshalb gehört zum Erinnern das, was Walter Benjamin das „Eingedenken“ genannt hat. Die Erinnerung an vergangenes Leid und geschehenes Unrecht kann dieses nicht wieder gut machen, aber mit dem Eingedenken an die Opfer, bleibt deren Leid etwas Unabgeschlossenes, für die Zukunft Verpflichtendes und aus dem Eingedenken entsteht die Kraft zu einer dauernden sühnenden Erinnerung. Durch Erinnerung allein ist Geschichte noch nicht für Gegenwart und Zukunft wirksam. Durch das Eingedenken erhalten die Toten einen Sinnzusammenhang und einen Bezug zur Gegenwart und erst dadurch wird aus erinnerter Geschichte eine begriffene und verpflichtende Geschichte: „Wir können uns unsere Traditionen nicht aussuchen, aber wir können wissen, dass es an uns liegt, *wie* wir sie fortsetzen.“ (Habermas)

Und Adorno hat sogar schon vor einem halben Jahrhundert hellsichtig die größte Gefahr benannt, die zu einer Wiederkehr der Barbarei führen könnte: „Morgen kann eine andere Gruppe drankommen als die Juden, etwa die

Alten [...] oder die Intellektuellen, oder einfach abweichende Gruppen. Das Klima [...] das am meisten solche Auferstehung fördert, ist der wiedererwachende Nationalismus.“ Genau deshalb ist heute das NS-Dokumentationszentrum so wichtig.

Erlauben Sie ein abschließendes persönliches Wort, zu dem mich ja auch Frau Knobloch eingeladen hat. Ich habe es als eine Verpflichtung empfunden, dass in der ehemaligen Hauptstadt der Bewegung, der Wiege des Nazi-Terrors und damit letztlich des Holocaust, ein Ort der Aufklärung und des Lernens aus der Geschichte vorhanden sein muss. Dafür habe ich mich über ein Vierteljahrhundert eingesetzt und gegen Verdrängungen und Intrigen gestellt. Heute bin ich froh, dass wir mit dem NS-Dokumentationszentrum diesen Ort haben, zu dem sich auch die Münchner Politik und in ihrer überragenden Mehrheit die Münchner Bevölkerung bekennen. Das NS-Dokumentationszentrum ist ein unumkehrbares Bekenntnis der Stadt und der Zivilgesellschaft zum Lernen, zur Aufklärung und zum Eingedenken und ich bin sicher, dass diese Verpflichtung auch in Zukunft angemessen fortgesetzt wird.